



Wilfried Marxer

Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein:
Soziale und politische Dimensionen



Beiträge 41/2008

Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 41/2008

Die Verantwortung für die „Beiträge Liechtenstein-Institut“
liegt bei den jeweiligen Autoren/Autorinnen.

Kontakt:
Dr. Wilfried Marxer (wm@liechtenstein-institut.li)

Wilfried Marxer
**Ausländerinnen und Ausländer
in Liechtenstein:
Soziale und politische
Dimensionen**

Beiträge Nr. 41/2008 - ISBN 978-3-9523122-9-2

Fachbereich Politikwissenschaft

Liechtenstein-Institut, Auf dem Kirchhügel, St. Luziweg 2, FL-9487 Bendern
Telefon (00423) 373 30 22 - Fax (00423) 373 54 22
<http://www.liechtenstein-institut.li> - admin@liechtenstein-institut.li

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	1
1	Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein	2
2	Aspekte der soziale Lage	6
3	Problemwahrnehmung in der Bevölkerung	14
4	Einstellungsklima in der Bevölkerung	21
5	Staatsbürgerschaft und politische Partizipation	28
6	Zusammenfassung	34
7	Literatur	35

Vorwort

Integration und Migration ist derzeit nicht nur in Liechtenstein ein viel diskutiertes Thema. Im Verlauf der letzten Jahre sind hierzu einige Studien über die spezifische Lage in Liechtenstein entstanden. Anlass dazu gab und gibt die Herausforderung der Integration in Liechtenstein, aber auch Verpflichtungen der öffentlichen Hand, im Rahmen von internationalen Übereinkommen Berichte über die Lage in Liechtenstein zu erstellen. Ein anderer Anknüpfungspunkt war das Internationale Jahr der Chancengleichheit für alle. Einige diesbezügliche Projekte entstanden in Zusammenarbeit mit dem Liechtenstein-Institut. Das Liechtenstein-Institut hat auf die gesteigerte Aufmerksamkeit ausserdem mit einer zweiteiligen Vortragsreihe reagiert. Im ersten Teil im Herbst 2007 wurden Referentinnen und Referenten von ausländischen Forschungseinrichtungen und Universitäten zu Vorträgen eingeladen. Janine Dahinden, Tanja El-Cherkeh, Kay Hailbronner und Michael Bommes referierten über soziale, ökonomische, rechtliche und kulturelle Aspekte von Migration und Integration im internationalen Massstab. Im Frühjahr 2008 folgte eine Reihe von Vorträgen mit explizitem Liechtensteinbezug. Claudia Heeb-Fleck ging auf die Geschichte der Migration und Integration in Liechtenstein ein, Silvia Simon auf den Wirtschaftsboom und den Arbeitskräftebedarf (Simon 2008), Veronika Marxer beleuchtete die Perspektiven der liechtensteinischen Integrationspolitik (Marxer V. 2008). In diesen Vortragszyklus ist auch die hier vorliegende Schrift eingebettet, die eine leicht überarbeitete und erweiterte Fassung des Vortrages über soziale und politische Dimensionen bezüglich der Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein vom 26. Februar 2008 am Liechtenstein-Institut darstellt. Dies erklärt, weshalb nur schlaglichtartig einige markante Aspekte der Integration beleuchtet werden. Da im Vortrag auf Ausführungen in anderen Vorträgen verwiesen werden konnte, wurden Themenkomplexe ausgeklammert, die durchaus in die Fragestellung gepasst hätten, etwa die Rechtsentwicklung oder integrationspolitische Schlussfolgerungen.

1 Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein

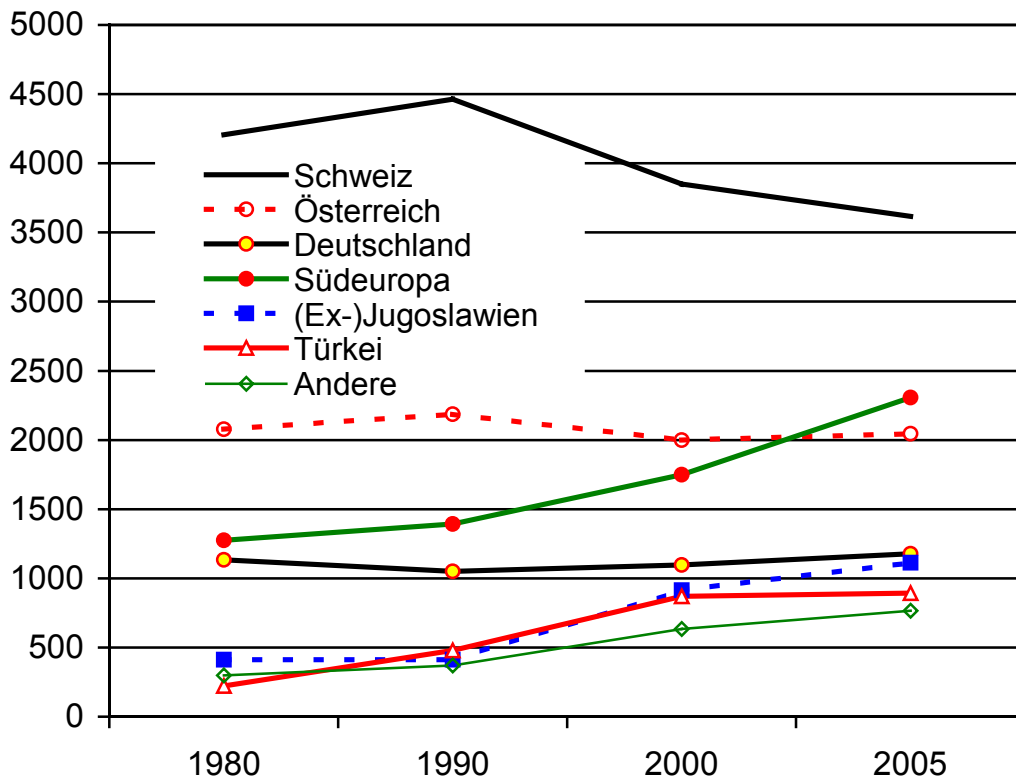
Liechtenstein hat seit dem Zweiten Weltkrieg einen fast ungebrochenen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, welcher begleitet war von einem gravierenden Mangel an Arbeitskräften auf dem heimischen Arbeitskräftemarkt und einem dadurch ausgelösten Zuzug von ausländischen Arbeitskräften. Die Etappen dieser Zuwanderung und der zugrunde liegenden gesetzlichen Bestimmungen – teilweise eng an die Schweiz angelehnt oder direkt übernommen, teilweise auch liechtensteinische Eigenschöpfungen – können an dieser Stelle nicht in aller Ausführlichkeit nachgezeichnet werden. Grob gesprochen handelte es sich seit den 1950er Jahren um einen Zuzug von teilweise Hochqualifizierten, meist aus dem deutschsprachigen Raum, teilweise gering Qualifizierten aus den südeuropäischen Mittelmeerländern, die im Baugewerbe, der Industrie u.a. beschäftigt wurden. Bis in die 1970er Jahre stieg der Ausländeranteil trotz restriktiver Zulassungspolitik auf über einen Drittel der Wohnbevölkerung. Merkmale der restriktiven Zulassungs- und Ausländerpolitik waren die zahlenmässige Beschränkung und die Limitierung des Ausländeranteils auf einen Drittel der Bevölkerung, eine Selektion der Zuwanderung im Interesse der Wirtschaft, also die Konzentration auf arbeitsfähige Menschen. Die Möglichkeit, Familienmitglieder nachziehen zu lassen, war beschränkt. Hinzu kamen Beschränkungen der beruflichen Mobilität von Zuwanderern, die speziellen Aufenthaltsbedingungen von Saisoniers, die jeweils für mehrere Monate im Jahr das Land verlassen mussten und weitere Reglementierungen. Diese kaum sozialverträgliche Ausländerpolitik setzte sich in einer restriktiven Einbürgerungspolitik fort, die nur über eine Abstimmung in der Gemeinde möglich war. Allmählich setzte auch die Beschäftigung von Grenzgängern aus dem nahen Ausland ein, die den ausgetrockneten Arbeitsmarkt beleben sollten, ohne die Ausländerquote in der Wohnbevölkerung zu erhöhen.

Das ist Geschichte. Die gesetzliche Lage stellt sich heute deutlich anders dar. Einerseits wurde das nationale liechtensteinische Recht in vielerlei Hinsicht liberalisiert und menschenfreundlicher gestaltet, andererseits mussten aber auch Revisionschritte aufgrund der Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum EWR unternommen werden. Solche Revisionen betreffen etwa die Zulassungspolitik, die Einbürgerungspolitik, die Abschaffung des Saisonierstatuts oder der erleichterte Familiennachzug.

In diesem Bericht werden die geschichtlichen Aspekte nicht weiter berücksichtigt, ebenso wenig wie das Grenzgängerwesen. Im Zentrum der Betrachtung steht die liechtensteinische Wohnbevölkerung und Überlegungen zu sozialen und politischen Dimensionen im Kontext der Migration. Mit Blick auf die soeben kurz gestreifte Zuwanderungsgeschichte können wir feststellen, dass in den vergangenen beiden Jahrzehnten die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer aus fremdsprachigen Ländern massiv zugenommen hat. In Abbildung 1 ist die Entwicklung der Bevölkerungszahl verschiedener Ausländergruppen dargestellt. Während die Zahl der Schweizer/innen, Österrei-

cher/innen und Deutschen stagniert hat oder sogar abgenommen hat, hat sich die Zahl der Ausländer aus Südeuropa, Ex-Jugoslawien und der Türkei im Zeitraum von 1980 bis 2005 mindestens verdoppelt.

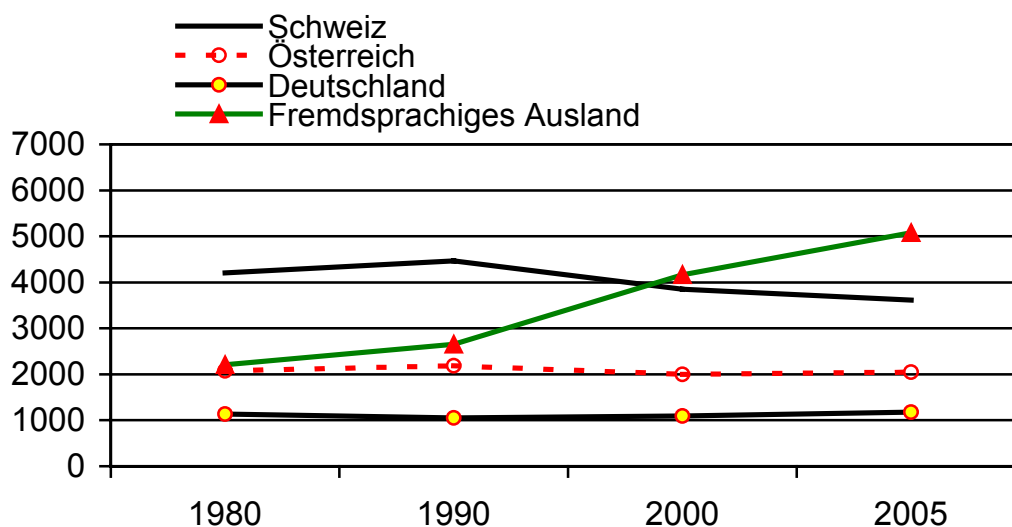
Abbildung 1: Entwicklung von Ausländergruppen (1980-2005)



Quelle: Volkszählungen/Wohnbevölkerungsstatistik.

Alle Ausländer/innen aus fremdsprachigen Ländern zusammengenommen hat deren Zahl von rund 2'000 im Jahr 1980 auf rund 5'000 im Jahr 2005 zugenommen. Die Nationalität muss nicht notgedrungen bedeuten, dass die entsprechende Sprache gesprochen wird. Es liegt aber auf der Hand, dass sich im vergangenen Vierteljahrhundert neue Herausforderungen für die Integration von Ausländer/innen in Liechtenstein ergeben haben, welche einerseits mit einem Sprachproblem verbunden sind, andererseits auch mit stärker divergierenden kulturellen Einstellungen – nicht nur der Religion – zusammenhängen. Die Gesellschaft ist heterogener geworden, sodass verstärkte Integrationsanstrengungen erfolgen müssen.

Abbildung 2: Entwicklung von Ausländergruppen (1980-2005)



Quelle: Volkszählungen/Wohnbevölkerungsstatistik.

Die Analyse der Volkszählungsdaten aus dem Jahr 2000 zeigt aber doch, dass die Nationalität weitgehend die zu Hause gesprochene Hauptsprache bestimmt. Gemäss Volkszählung sprachen im Jahr 2000 rund 4'000 Personen in Liechtenstein nicht Deutsch als Hauptsprache – das korrespondiert ziemlich exakt mit den rund 4'000 in Abbildung 2 ausgewiesenen Ausländer/innen aus fremdsprachigen Ländern.

Abbildung 3: Hauptsprachen der Wohnbevölkerung (2000)

Deutsch	29'205	87.7
Italienisch	979	2.9
Spanisch	577	1.7
Portugiesisch	440	1.3
Türkisch	604	1.8
Serbisch, Kroatisch	471	1.4
Albanisch	206	0.6
Andere Sprachen	825	2.5
Total	33'307	100.0

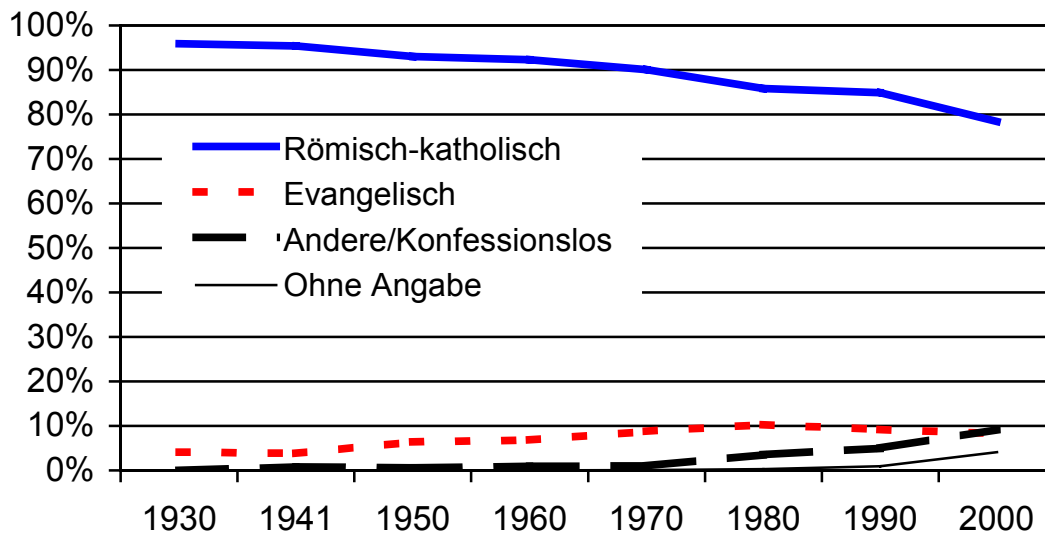
Quelle: Volkszählung 2000/Marxer 2007.

Neben der sprachlichen Ausdifferenzierung der Wohnbevölkerung findet auch eine kulturelle Pluralisierung statt. Der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung ist gemäss Volkszählungsdaten in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gesunken. Bis

in die 1970er Jahre erfolgte dies fast vollständig zugunsten der evangelischen Gemeinschaften, bedingt insbesondere durch Zuwanderung und Heirat von Protestanten aus der Schweiz und aus Deutschland. Viele weitere Zuwanderer waren katholisch, ebenfalls aus der Schweiz und aus Deutschland, massgeblich aber auch aus Österreich oder aus den südeuropäischen, mehrheitlich katholischen Ländern wie Italien, Spanien oder Portugal.

Erst seit den 1980er Jahren hat die Zahl anderer Religionsgemeinschaften, und dabei insbesondere der islamischen, deutlich zugenommen. Gleichzeitig nimmt auch die Zahl der Konfessionslosen zu.

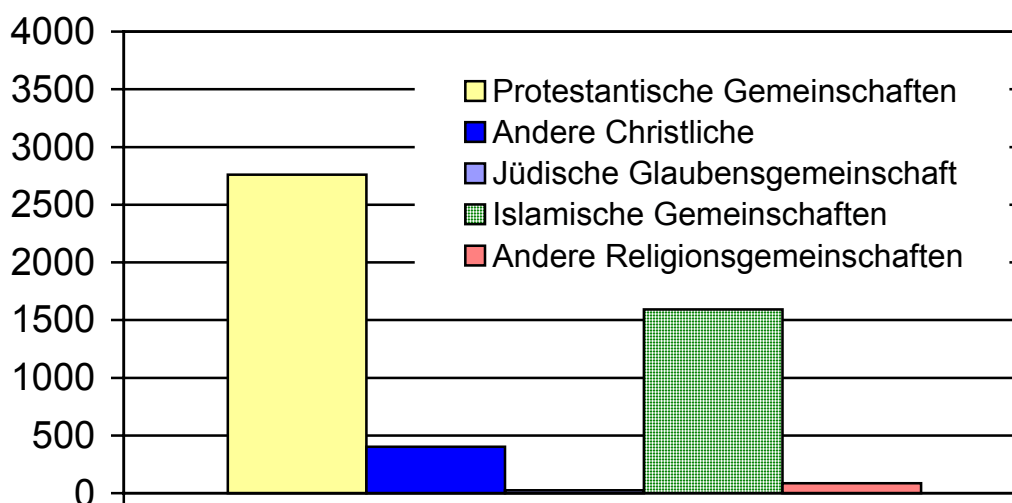
Abbildung 4: Konfessionszugehörigkeit der Wohnbevölkerung seit 1930



Quelle: Volkszählungen/Marxer 2007.

Die katholische Religion ist in Liechtenstein nach wie vor dominant. Fast 80 Prozent der Wohnbevölkerung gehören dieser Religionsgemeinschaft an. Unter den Nicht-Katholiken befinden sich rund 3'000 Mitglieder anderer christlicher Religionsgemeinschaften, der Grossteil davon aus den protestantischen Gemeinschaften, aber auch mehr als 1'500 Muslime. Da die Volkszählungsdaten, die Auskunft über die religiöse Zugehörigkeit geben, aus dem Jahr 2000 stammen, sind sie nicht mehr ganz aktuell. Die Zahl dürfte sich bis in die Gegenwart nochmals leicht erhöht haben.

Abbildung 5: Religion/Konfession der Wohnbevölkerung (2000, ohne Katholiken)



Quelle: Volkszählung 2000/Marxer 2007.

Der Faktor Religion muss nicht überbewertet werden. Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Religionsgemeinschaften zieht gegenwärtig in Liechtenstein keine gravierenden gesellschaftlichen Konflikte nach sich. Die entsprechenden Zahlen sollen nur einleitend darauf hindeuten, dass die Gesellschaft in Liechtenstein heterogener geworden ist. Neben der religiösen Differenzierung und der sprachlichen Vielfalt tragen auch unterschiedliche nationale Hintergründe mit entsprechenden Identifikationen und kulturelle Sozialisierungen in städtisch-fortschrittlichen oder ländlich-rückständigen Herkunftsregionen zu einer Pluralisierung bei.

Was uns in diesem Bericht beschäftigt, ist die Frage nach den sozialen und politischen Implikationen dieser markanten Veränderungen in der gesellschaftlichen Zusammensetzung Liechtensteins. Der Themenstellung entsprechend wird der Schwerpunkt dabei auf migrationsbedingte Aspekte gelegt.

2 Aspekte der soziale Lage

Jede Gesellschaft weist eine soziale Schichtung auf. Dies ist noch nicht unbedingt ein Zeichen von Benachteiligung und Diskriminierung. Der Anspruch einer modernen Gesellschaft sollte jedoch sein, allen Gesellschaftsmitgliedern ähnliche Chancen für eine persönliche Entwicklung und materielle Entfaltung einzuräumen. Im Umgang mit den schwächeren Mitgliedern einer Gesellschaft zeigt sich die Qualität einer Gesellschaft. Hierzu kann zunächst die Feststellung getroffen werden, dass nach eigenem Bekunden

die materielle Lage der grossen Mehrzahl der Wohnbevölkerung zufriedenstellend ist. In der Zukunftsbarometer-Umfrage vom November 2007 (gfs.bern 2007) haben 26 Prozent ihre individuelle wirtschaftliche Lage als sehr gut, weitere 58 Prozent als gut eingestuft. Nur 3 bzw. 1 Prozent bezeichneten die Lage als schlecht bzw. sehr schlecht. Zwischen liechtensteinischen Staatsangehörigen und Ausländern zeigten sich diesbezüglich keine Differenzen.

Abbildung 6: Aktuelle wirtschaftliche Lage der Wohnbevölkerung Liechtensteins (N = 1012)



Quelle: gfs.bern. Zukunftsbarometer November 2007, S. 16.

Diese summarische Betrachtung darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass in der Gruppe der Ausländer eine deutliche Hierarchie vorhanden ist, die entlang einzelner Nationalitäten oder Länderregionen verläuft. Bildung und Beruf stellen hervorragende Indikatoren für das Einkommen und den materiellen Wohlstand dar. Wenn wir die Volkszählungsdaten von 2000 betrachten, die diesbezüglich differenzierte Angaben enthalten, stellen wir deutliche Unterschiede fest. Die Länder werden dabei in regionale, ähnlich gelagerte Fälle zusammengefasst (Abb. 7).

Abbildung 7: Regionsbildung für weitere Analysen

FL: Liechtensteiner/Liechtensteinerinnen

WEST: v.a. CH, D, AT, andere west-/nordeuropäische Länder, Nordamerika

SÜD: Mittelmeerländer, v.a. Italien, Spanien, Portugal, Griechenland

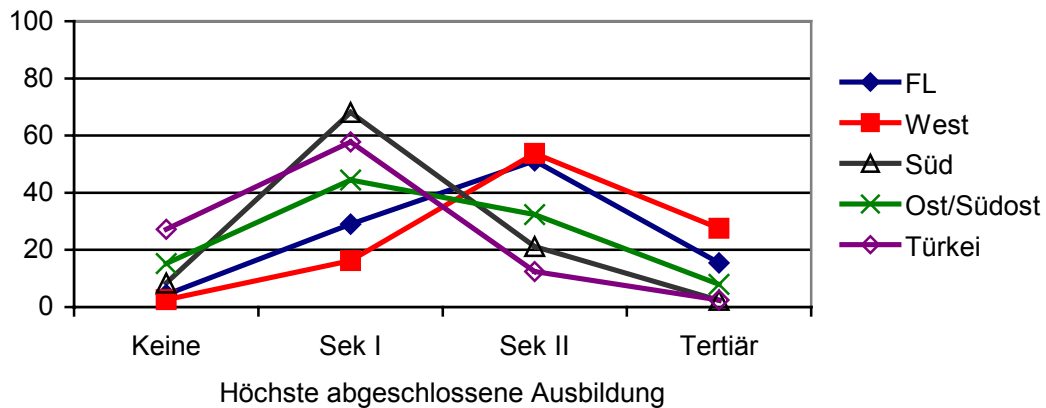
OST/SÜDOST: v.a. Ex-Jugoslawien, auch andere ost-/südosteuropäische Staaten

TÜRKEI: v.a. Türkei, auch Naher Osten, Nordafrika



Personen aus der Gruppe West weisen einen ähnlichen Bildungsstand auf wie die Liechtensteiner/innen, im Durchschnitt sogar einen noch etwas höheren. Personen aus den anderen Regionen liegen bildungsmässig dagegen deutlich zurück. Am schwächsten ist das Ausbildungsniveau bei den türkischen Staatsangehörigen. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die Zuwanderer aus den meist deutschsprachigen Ländern überdurchschnittlich hohe Positionen einnehmen und auch ein entsprechendes Einkommen erzielen. Durch ihren hohen Anteil an tertiärer Ausbildung sind sie besonders geeignet für Kaderstellen und hoch qualifizierte Tätigkeiten. Die fremdsprachigen Ausländer/innen aus den drei genannten Herkunftsregionen sind dagegen ausbildungsmässig für weniger qualifizierte Tätigkeiten prädestiniert, was auch entsprechend tiefere Einkommen nach sich zieht.

Abbildung 8: Höchste abgeschlossene Ausbildung nach Ländergruppen (2000)

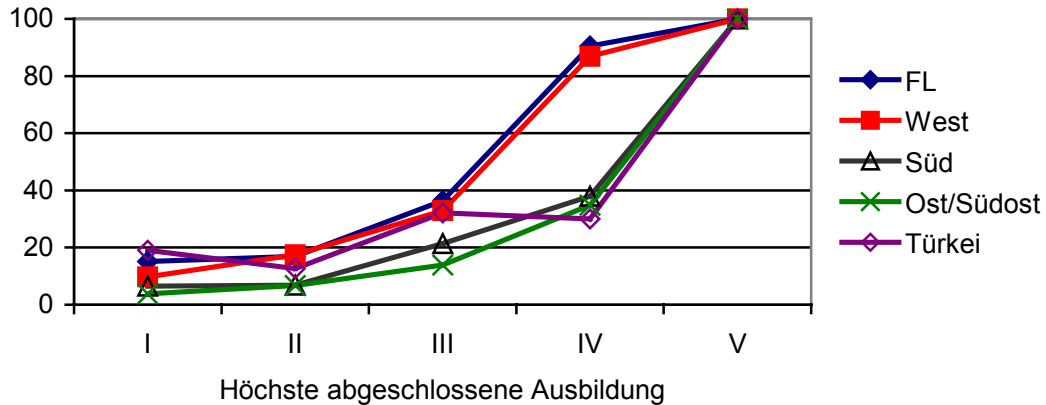


Quelle: Volkszählung 2000. Eigene Berechnung und Darstellung.

Diese Schichtung hängt zunächst wesentlich mit den Rekrutierungsmechanismen zusammen. Aus dem deutschsprachigen Raum kommen insbesondere gut ausgebildete Menschen nach Liechtenstein. Für weniger gut Qualifizierte ist es nicht besonders attraktiv, da in einem solchen Fall geringes Einkommen und ein hoher Lebensstandard aufeinander treffen. Die liechtensteinische Wirtschaft benötigt zudem eine hohe Zahl an gut ausgebildeten Arbeitskräften, sodass die Zulassungspolitik auch stark auf dieses Segment abzielt. Dagegen wurden die Zuwanderer aus fremdsprachigen Regionen in der Vergangenheit vor allem für die weniger qualifizierten Tätigkeiten, die von den Einheimischen nicht gerne ausgeübt werden und bei denen die Sprachkenntnisse ausserdem ein weniger grosse Rolle spielen, rekrutiert. Sie stammen vielfach aus ländlichen Regionen ihrer Herkunftsländer, also etwa aus Süditalien oder aus Anatolien.

Das ist allerdings nur die eine Seite. Auf der anderen Seite haben es die Zuwanderer aus fremdsprachigen Regionen schwer, ihrer Ausbildung entsprechende berufliche Positionen zu besetzen. Wenn wir die Volkszählungsdaten danach analysieren, wer gehobene berufliche Positionen erreicht, stellen wir deutliche Unterschiede fest. Besonders krass ist dies in der zweithöchsten Ausbildungsstufe, wo die Deutschsprachigen (FL, West) zu rund 90 Prozent hohe berufliche Positionen einnehmen, während dies bei den Fremdsprachigen weniger als 40 Prozent erreichen. Gleiches Ausbildungsniveau führt bei den Fremdsprachigen praktisch in allen Ausbildungsstufen zu weniger hohen beruflichen Positionen.

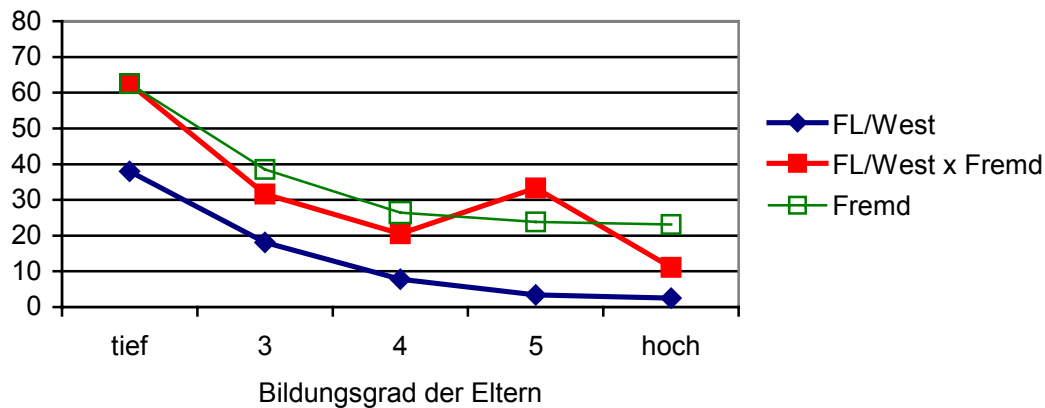
Abbildung 9: Anteil mit gehobener beruflicher Position (Kader, Selbständige, Intermediäre) nach höchster abgeschlossener Ausbildung (2000)



Quelle: Volkszählung/Marxer/Patsch 2008, S. 12.

Diese Benachteiligung der fremdsprachigen Ausländer zieht sich bei der Bildungssituation der nachfolgenden Generation weiter. Basierend auf einer Schülerumfrage des Amtes für Soziale Dienste kann festgestellt werden, dass der Anteil an Kindern, die in die Oberschule gehen, bei den fremdsprachigen Ausländerfamilien in allen Bildungssegmenten höher ist als bei den Familien der Gruppen FL und West. Wenn beide Elternteile ein sehr tiefes Bildungsniveau aufweisen, sind die Kinder der Fremdsprachigen zu mehr als 60 Prozent in der Oberschule, bei den Kindern von FL- und West-Familien sind es nur knapp 40 Prozent. Mit steigendem Bildungsgrad der Eltern sinkt der Oberschulanteil der Kinder, aber die Differenz zwischen den Deutsch- und Fremdsprachigen bleibt durchgehend bestehen.

Abbildung 10: Oberschulanteil nach Bildungshintergrund und Herkunftsregion der Eltern

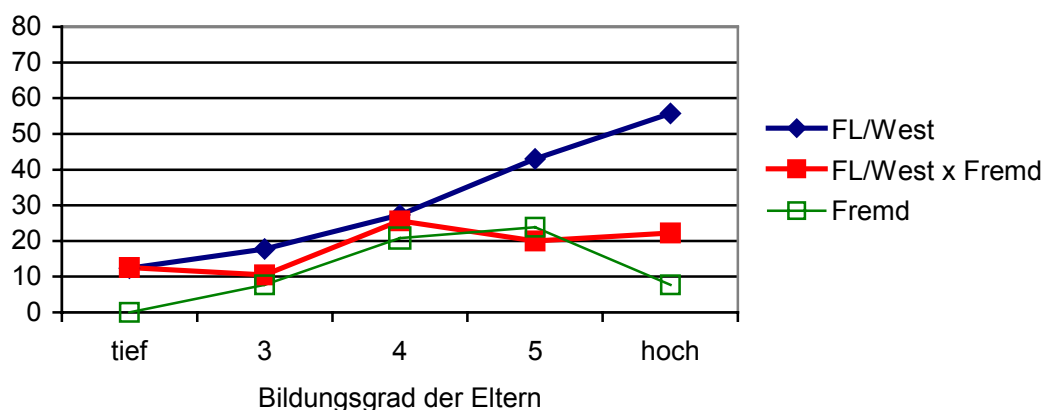


Quelle: Schülerumfrage ASD; Marxer/Patsch 2008, S. 19.

Legende: Tief/Hoch = beiden Elternteile mit tiefem/hohem Bildungsabschluss..

Analoges zeigt sich beim Besuch des Gymnasiums. Der Gymnasiastenanteil steigt mit dem Bildungsniveau der beiden Elternteile. Aber auch hier sind die deutschsprachigen Familien im Vorteil. Besonders deutlich wird dies, wenn beide Elternteile das höchste Bildungsniveau aufweisen. Dann gehen mehr als 50 Prozent der FL- und West-Familien ins Gymnasium, bei den Fremdsprachigen sind es weniger als 10 Prozent, bei gemischten Elternpaaren (deutsch und fremdsprachig) sind es rund 20 Prozent.

Abbildung 11: Gymnasiastenanteil nach Bildungshintergrund und Herkunftsregion der Eltern

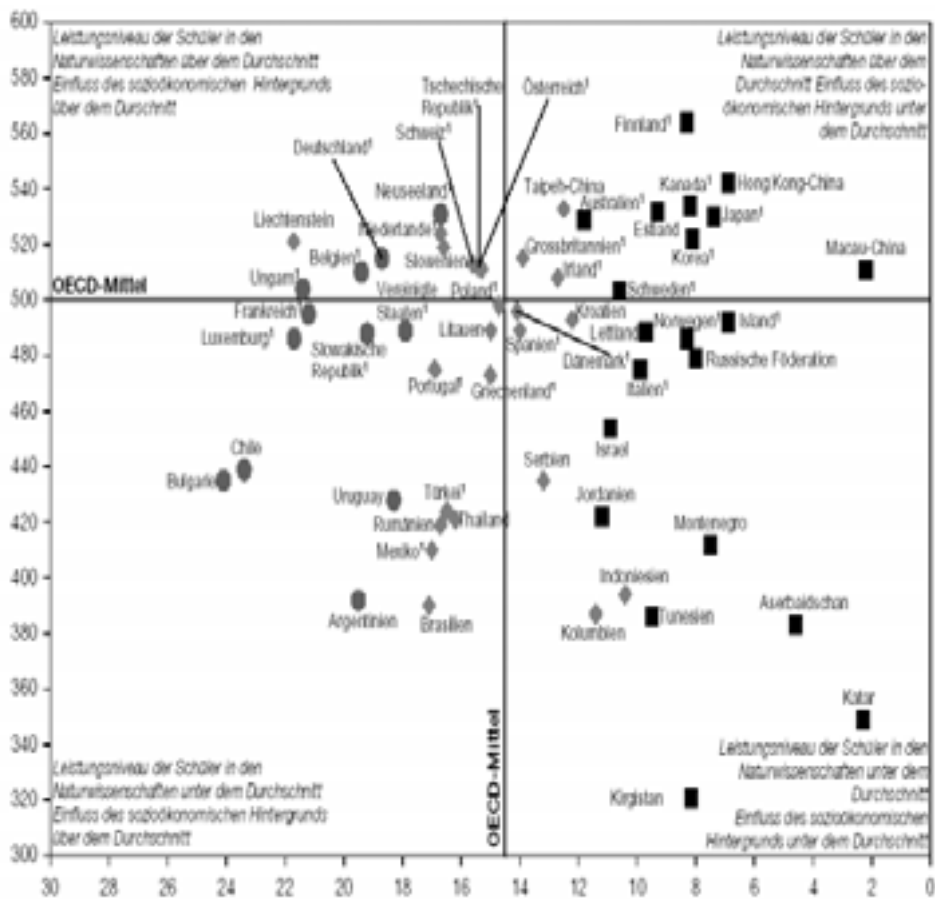


Quelle: Schülerumfrage ASD; Marxer/Patsch 2008, S. 19.

Legende: Tief/Hoch = beiden Elternteile mit tiefem/hohem Bildungsabschluss..

Diese Daten zeigen, dass die soziale Herkunft einen erheblichen Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder ausübt. Nach dem Prinzip der Chancengleichheit sollte jedoch die Begabung und die Motivation der Kinder, und weniger der Bildungshintergrund der Eltern bei der schulischen und beruflichen Karriere eine Rolle spielen. Zu einem gleichlautenden Befund ist im übrigen auch die PISA-Untersuchung zur Schülerleistung in den Naturwissenschaften gelangt: Das Leistungsniveau der Schüler/innen aus Liechtenstein liegt erfreulicherweise über dem OECD-Durchschnitt, allerdings weist kaum ein anderes Land einen derart starken Einfluss des sozioökonomischen Hintergrundes auf das Leistungsniveau der Kinder auf.

Abbildung 12: PISA-Leistung Naturwissenschaft und sozioökonomischer Hintergrund



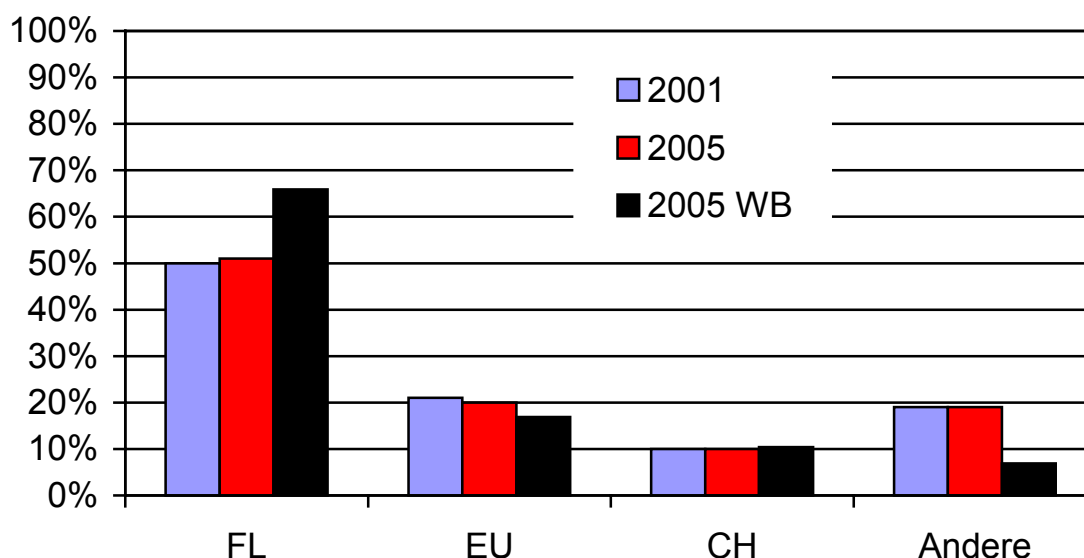
Quelle: Bundesamt für Statistik. Medienmitteilung Nr. 0350-0714-30 vom 4.12.2007, S. 10

Drei Feststellungen können bis hierher getroffen werden. Erstens ist seit dem Zweiten Weltkrieg eine starke Zuwanderung nach Liechtenstein erfolgt, welche zunehmend

sprachlich und kulturell heterogener geworden ist. Zweitens sind insbesondere die Zuwanderer aus fremdsprachigen Regionen tendenziell benachteiligt und eher in den unteren Berufs- und Einkommensschichten vertreten. Und drittens deutet sich die Tendenz an, dass sich die Benachteiligung in der nachfolgenden Generation oder den nachfolgenden Generationen fortsetzt. Dies kann zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem werden, falls sich irgendwann Perspektivenlosigkeit, Resignation und Unzufriedenheit breit macht.

Um auf den Anfang zurückzukommen, an dem über eine weitgehende materielle Zufriedenheit berichtet wurde, kann hier kontrastierend die Statistik des Amtes für Soziale Dienste betr. sozialer Notlage zitiert werden. In zwei Vergleichsjahren 2001 und 2005 zeigt sich das beinahe identische Bild, welches stark mit dem sozioökonomischen Status verschiedener Bevölkerungsgruppen aufgrund der obigen Analyse von Bildung und Beruf korrespondiert. Personen mit liechtensteinischer oder schweizerischer Nationalität gehören im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil unterdurchschnittlich zu den sozial Notleidenden. Personen aus den EU-Ländern sind knapp überdurchschnittlich notleidend, wobei in dieser Gruppe so unterschiedliche Staaten wie Deutschland und Österreich auf der einen Seite, die südeuropäischen Mittelmeerstaaten auf der andere Seite enthalten sind. Stark überrepräsentiert bei den Notleidenden sind hingegen Personen aus der Gruppe „Andere“, darunter vor allem die ex-jugoslawischen und die Türkei.

Abbildung 13: Soziale Notlage: Anteil Klienten des Amtes für Soziale Dienste 2001 und 2005 und Anteil an Wohnbevölkerung(WB) (in Prozent, 2001 und 2005)



Quelle: Jahresberichte des Amtes für Soziale Dienste/Marxer 2007, S. 54.

3 Problemwahrnehmung in der Bevölkerung

Das Thema Integration wird derzeit europaweit prominent, kontrovers und teilweise auch hitzig diskutiert. Der reale Hintergrund sind die zunehmenden und auch grossräumigen Migrationsströme, was insbesondere im von Armut und Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffenen tiefen Bildungssegment zu Verteilungskämpfen und sozialen Konfliktlagen führen kann. Verschärft wird die Problemwahrnehmung durch die spezifische mediale Aufmerksamkeit, also etwa starke Fokussierung auf kriminelle Akte von Ausländern, Warnung und Angst vor religiösem Fundamentalismus und Fanatismus, insbesondere seit den Terroranschlägen vom September 2001. Das friedliche Zusammenleben von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund – verkürzt als Multikulti-Gesellschaft bezeichnet – ist neuerdings in Frage gestellt und wird vielfach als gescheitert betrachtet. Es wird gewarnt vor dem Entstehen von Parallelgesellschaften, in denen nicht die national normierten Rechtsvorschriften gelten und vollzogen werden, sondern eigene, informelle Gesetzmässigkeiten bestehen. Die alte Debatte über Integration und Assimilation lebt vor diesem Hintergrund wieder auf. Wenn davon ausgegangen wird, dass eine gleichberechtigte Koexistenz kultureller Lebensformen und ein Aufeinanderzugehen – der Grundgedanke von Integration – nicht möglich ist und Ausländer als Gefahr für die eigene Rechts- und Werteordnung empfunden werden, erhält das Konzept der Assimilation Aufschwung: Die Ausländer sollen sich dem Wertesystem und den Gepflogenheiten des Gastlandes anpassen, nicht auffallen und spurlos in der Gastgesellschaft aufgehen. Eine weitere Eskalation der Debatte kann eintreten, wenn die Ausschaffung von auffälligen Ausländern gefordert wird oder wenn tätliche, auch rassistisch motivierte Übergriffe erfolgen.

Wo steht Liechtenstein diesbezüglich?

Wir bleiben in diesem Beitrag weiter bei der Faktensuche und klammern die Ausländer- und Integrationspolitik aus, da dies in einem separaten Beitrag von Veronika Marxer abgehandelt wird (Marxer V. 2008). Die erste Feststellung ist diejenige, dass die Ausländer- und Immigrationspolitik in der öffentlichen Wahrnehmung in Liechtenstein eine bedeutende Rolle einnimmt. Auf die Frage, was die drei wichtigsten Probleme in Liechtenstein sind, rangiert dieses Thema an zweiter Stelle, unmittelbar nach der Verkehrsproblematik (Abb. 13). Arbeitslosigkeit folgt an dritter Stelle. Damit ist ein deutlicher Unterschied zur Problemwahrnehmung in der Schweiz markiert. Bei einer ähnlichen Umfrage in der Schweiz – dem Sorgenbarometer vom August 2007 – nahmen nämlich Arbeitslosigkeit, Krankenkassen und Altersvorsorge die ersten drei Plätze ein (Abb. 14). An vierter Stelle folgte das Stichwort Ausländer/innen, wobei der Problembereich Asyl noch separat erfasst wurde. Fragen der materiellen Sicherheit, der Sozialleistungen und der entsprechenden Kosten stehen in der Schweiz in der Problemwahrnehmung also

weiter oben als in Liechtenstein, wo eine materiell gute Versorgung herrscht und generell ein geringerer Problemdruck zu existieren scheint.

Abbildung 14: Problemwahrnehmung in Liechtenstein 2007 (N = 1012)



Quelle: gfs.bern. Zukunftsbarometer November 2007, S. 20.

Abbildung 15: Problemwahrnehmung in der Schweiz 2007 (N = 1030)

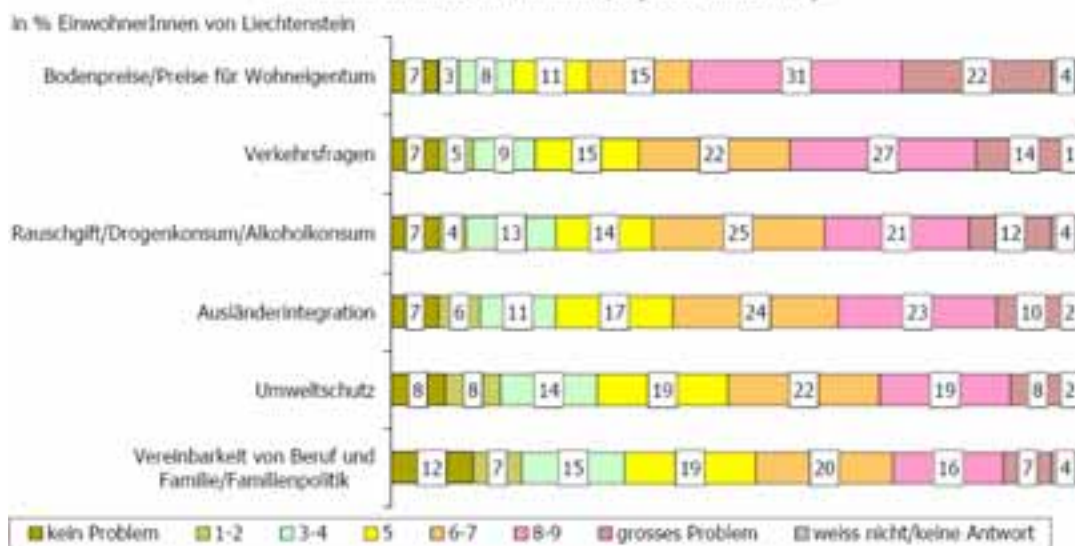


Quelle: gfs.bern. Sorgenbarometer August 2007, S. 30.

Auf die Frage in der liechtensteinischen Zukunftsbarometer-Umfrage, welches Thema für die Befragten selbst ein Problem darstellt, zeigt sich eine etwas modifizierte Bedeutungshierarchie. Die hohen Bodenpreise, die Verkehrsproblematik und der Konsum von Rauschmitteln und Drogen nehmen die drei ersten Plätze der Themenwichtigkeit ein. Die Ausländerintegration folgt an vierter Stelle, wobei aber immer noch mehr als die Hälfte dies als Problem oder grosses Problem ansehen (Werte 6 bis 10).

Abbildung 16: Themenwichtigkeit (N = 1012)

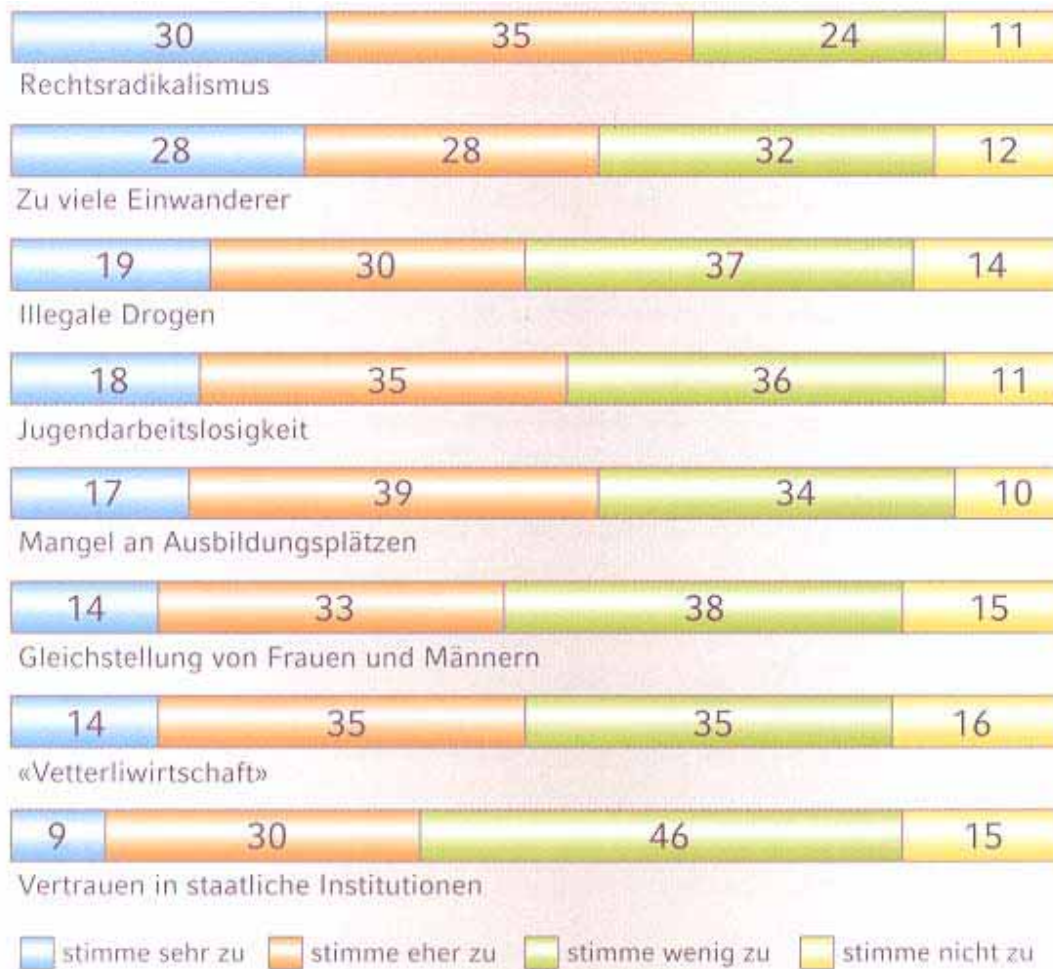
„Wir haben hier einige Themen, über die in Liechtenstein in letzter Zeit diskutiert worden ist, gesammelt. Sagen Sie mir bitte jeweils auf einer Skala von 0 – 10 in wiefern das jeweilige Thema für Sie ein Problem darstellt. 0 bedeutet, es stellt kein Problem dar, 10, es stellt ein sehr grosses Problem dar. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen. Wenn Sie ein Thema nicht einschätzen können, sagen Sie mir das ruhig.“



Quelle: gfs.bern. Zukunftsbarometer 2007, S. 27.

Unter den Jugendlichen wird die Migrationsthematik als noch bedeutender eingestuft. In der Jugendstudie von 2006 rangiert an erster Stelle der Problemwahrnehmung der Rechtsradikalismus, gefolgt von der Zuwanderung. Illegale Drogen, Jugendarbeitslosigkeit, Mangel an Ausbildungsplätzen und weitere Themen rangieren weiter hinten.

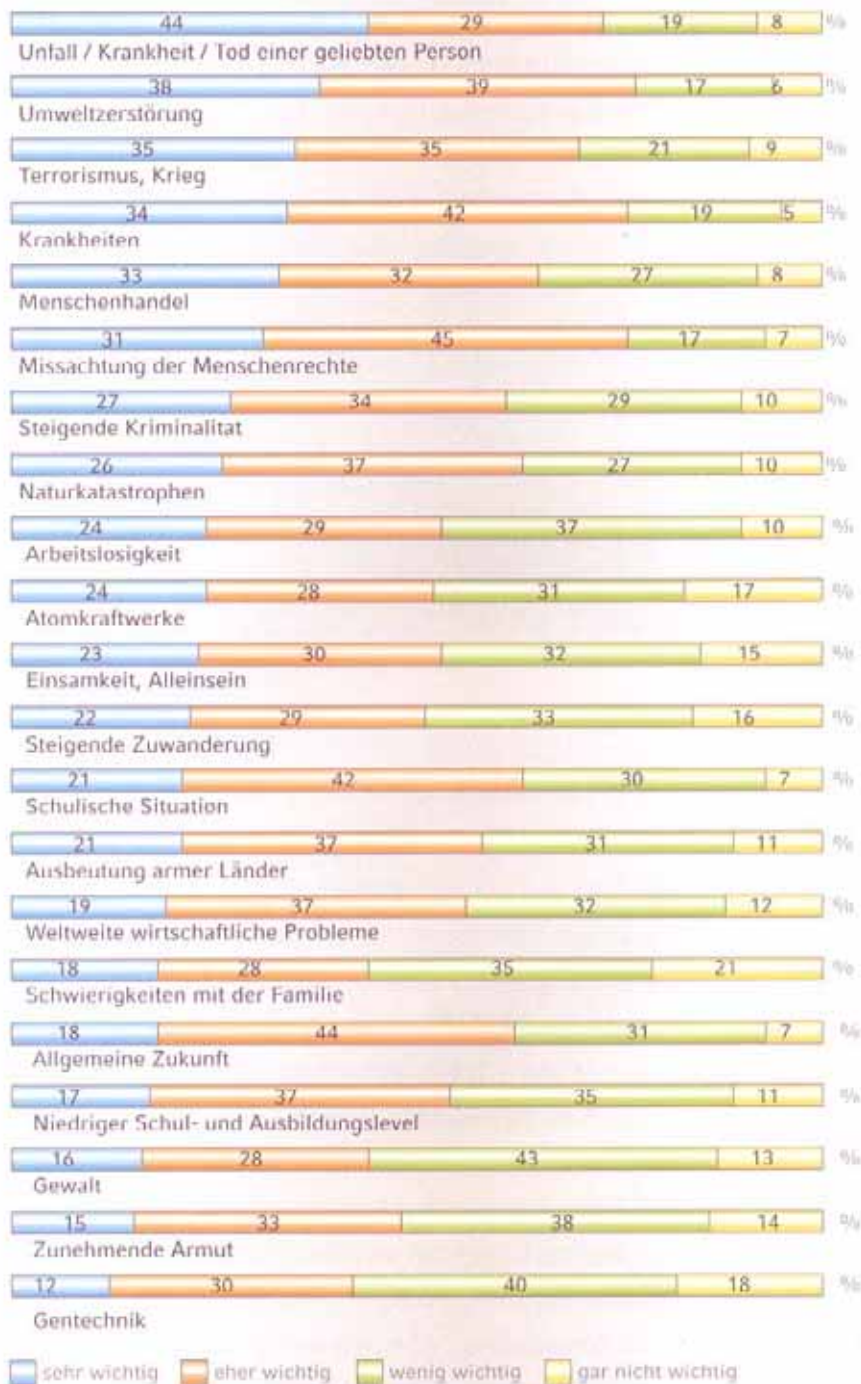
Abbildung 17: Problemwahrnehmung der Jugend: „Gibt es Probleme in den folgenden Bereichen?“



Quelle: Jugendstudie 2006, S. 122.

Bei der Frage, wie gross die Sorgen der Jugendlichen zu einzelnen Lebensbereichen sind, somit also auch die eigene Betroffenheit, erscheint die Immigration nur noch als eine Sorge unter vielen. Zuerst rangieren Unfall, Krankheit oder Tod einer geliebten Person, die Umweltzerstörung, Terrorismus, Krieg, Krankheiten, Menschenhandel und Missachtung der Menschenrechte, bei denen zwischen 44 und 31 Prozent sehr grosse Sorgen äussern, während bezüglich der steigenden Zuwanderung 22 Prozent grosse Sorgen haben.

Abbildung 18: Sorgen der Jugendlichen: Wie gross sind die Sorgen der Jugendlichen zu den folgenden Lebensbereichen?



Quelle: Jugendstudie 2006, S. 31.

In der Zukunftsbarometer-Umfrage wurden weitere Fragen zu den Problemen in der Zukunft gestellt, und zwar über die wichtigsten Probleme in zehn Jahren und über die Betroffenheit der nachfolgenden Generationen. In zehn Jahren (Abb. 18) wird damit gerechnet, dass das Thema Ausländer und Flüchtlinge nach wie vor eine grosse Herausforderung darstellt, rangiert es doch an zweiter Stelle nach der Verkehrsthematik, noch vor den Umweltproblemen, Arbeitslosigkeit usw. Für die fernere Zukunft (Abb. 19) wird jedoch nicht damit gerechnet, dass die Migration zu den wichtigsten Themen gehört. Umwelt- und Klimaschutz werden aus der Sicht der Befragten langfristig das grösste Problem darstellen. Mit weitem Abstand folgen Verkehrs- und Energiefragen, soziale Probleme und an vierter Stelle Ausländer und Migration.

Abbildung 19: Die drei wichtigsten Probleme in 10 Jahren (N = 1012)



Quelle: gfs.bern. Zukunftsbarometer 2007 (Kurzversion), S. 14.

Abbildung 20: Zukunftsprobleme: Betroffenheit nachfolgender Generationen (N = 1012)



Quelle: gfs.bern. Zukunftsbarometer 2007, S. 32.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in der Bevölkerung eine ausgeprägte Problemwahrnehmung in Bezug auf Ausländer und Fragen der Immigration und Integration vorhanden ist. Da Vergleichszahlen zu früheren Jahren nicht verfügbar sind, kann keine Aussage über die Entwicklung der Problemwahrnehmung getroffen werden. Insgesamt gewinnt der aufmerksame Beobachter den Eindruck, dass die Problemwahrnehmung eng mit der medialen Berichterstattung assoziiert ist. Auch diesbezüglich liegen allerdings keine systematisch erhobenen Daten aufgrund von Medieninhaltsanalysen vor. Was Fragen der Integration angeht, ist es jedoch auf jeden Fall so, dass die Medien in den vergangenen Monaten intensiver darüber berichtet haben, sei dies wegen entsprechender politischer Vorstösse und Gesetzesberatungen, sei dies wegen zunehmenden Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex.

Dennoch bleibt die Tatsache, dass Zuwanderung und Integration Themen sind, die als bedeutend wahrgenommen werden, auch wenn die persönliche Betroffenheit für einige andere Themen grösser ist. Handlungsbedarf ist daher aus Sicht der Bevölkerung sicherlich gegeben. Allerdings geht aus den oben zitierten Umfragen – Zukunftsbarometer, Jugendstudie – nicht hervor, welche Massnahmen getroffen werden sollen oder welche Wege der Ausländer- und Integrationspolitik beschritten werden sollen. Spezifische Umfragen, die sich gezielt mit dieser Fragestellung befassen, existieren für Liechtenstein nicht. Es hat in jüngerer Vergangenheit jedoch Umfragen gegeben, die Aufschluss über Einstellungen in der Bevölkerung geben, aus denen sich Tendenzen ablesen lassen.

4 Einstellungsklima in der Bevölkerung

Eine ergiebige Quelle ist die Identitätsumfrage aus dem Jahr 2006 (Marxer 2006). Diese Umfrage hat zudem den Vorteil, dass sie sich an der international koordinierten Umfrage im Rahmen des International Social Survey Programme (ISSP) orientiert. Daher sind Vergleiche möglich, die in diesem Bericht speziell mit den schweizerischen und deutschen Ergebnissen angestellt werden. Grundgesamtheit in der Befragung war die Wohnbevölkerung ab 16 Jahren.

Eine Frage lautete, welche Aspekte wichtig sind, um wirklich ein Liechtensteiner bzw. eine Liechtensteinerin zu sein. Im Vergleich zur schweizerischen und deutschen Umfrage hoben die Befragten in Liechtenstein überdurchschnittlich hervor, dass man Deutschkenntnisse besitzen sollte, die Institutionen und Gesetze des Landes achten und sich als Landesbürger/in fühlen sollte. Dies waren gleichzeitig die drei wichtigsten Aspekte. Weniger bedeutend – und dabei mit ähnlicher Wichtigkeit wie in der Schweiz und in Deutschland – wird die Staatsangehörigkeit angesehen, ein langer Aufenthalt im Lande, liechtensteinische Vorfahren zu haben, im Land geboren zu sein oder katholisch zu sein. Die Gegenwart wird somit als entscheidender eingestuft als die Vergangenheit, und zwar hinsichtlich einer emotionalen und rationalen Verbundenheit mit dem Land. Gefordert wird sozusagen ein Bekenntnis zum Land Liechtenstein.

Tabelle 1: Prägende Aspekte der nationalen Identität

Aspekt	FL	CH	D
Deutschkenntnisse (Landessprache)	77.4	51.3	64.9
Institutionen und Gesetze des Landes achten	69.1	35.1	38.7
Sich als Landesbürger/in fühlen	45.6	29.9	32.4
Staatsangehörigkeit des Landes besitzen	40.8	40.1	39.4
Grossteils im Land gelebt zu haben	29.4	24.4	24.7
Vorfahren des Landes zu haben	20.1	12.9	21.5
Im Land geboren sein	18.2	20.6	26.7
Katholischer (christlicher) Glauben	17.3	16.0	11.7

Quelle: Identitätsumfrage 2006/Marxer 2006, S. 216/ISSP.

In den Aussagen zum Nationalstolz zeigt sich eine Haltung, welche ebenfalls von den Empfindungen der Deutschen und Schweizer abrückt. Die Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins sind überdurchschnittlich stolz auf die eigene Nationalität, auf der anderen Seite aber möchte ein deutlich höherer Anteil der Menschen in der Schweiz und in Deutschland viel lieber in ihrem eigenen Land leben als in jedem anderen Land der Welt. Das lässt sich so interpretieren, dass zwar in Liechtenstein ein grosser Stolz

auf die eigene Nationalität vorhanden ist, aber dass gleichzeitig eine Offenheit gegenüber anderen Ländern und Räumen besteht und keine chauvinistische oder stur nationalistische Einstellung. Dies geht auch aus der Frage hervor, ob man das eigene Land unterstützen sollte, selbst wenn es sich im Unrecht befindet. Das meinen 58 Prozent der Schweizer/innen, aber nur 24 Prozent der Einwohner/innen Liechtensteins.

Tabelle 2: Aussagen betr. Nationalstolz

Aspekt	FL	CH	D
Ich möchte lieber ein Bürger/eine Bürgerin von Liechtenstein (CH/D) als von jedem anderen Land der Welt sein	39.2	52.9	58.9
Die Welt wäre besser, wenn die Menschen in anderen Ländern eher so wären wie die Liechtensteiner (CH/D)	21.0	19.9	20.2
Im Grossen und Ganzen ist Liechtenstein (CH/D) ein besseres Land als die meisten anderen Länder	30.9	24.7	38.0
Jeder/Jede sollte sein/ihr Land unterstützen, selbst wenn sich das Land im Unrecht befindet	24.0	58.4	25.9
Sehr stolz auf die eigene Nationalität	42.8	33.4	14.8

Quelle: Identitätsumfrage 2006/Marxer 2006, S. 216/ISSP.

Diese Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber Auswärtigem zeigt sich in der gleichen Umfrage in den Fragen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Im Vergleich zur Schweiz und zu Deutschland ist sich Liechtenstein die grenzüberschreitende wirtschaftliche – und auch andere – Kooperation gewöhnt. Es besteht unterdurchschnittliche Angst vor internationalen Entwicklungen, Organisationen, international operierenden Firmen, ausländischen Produkten u.a. Insofern ist die liechtensteinische Bevölkerung mentalitätsmässig bereits gut für den gegenwärtigen Globalisierungsschub gerüstet.

Tabelle 3: Aussagen betr. Öffnung bzw. Abschottung

Aspekt	FL	CH	D
Liechtenstein (CH/D) sollte den Import von ausländischen Produkten beschränken, um die einheimische Wirtschaft zu schützen	24.7	36.3	44.3
Ausländern sollte verboten sein, in FL (CH/D) Grund und Boden zu erwerben	18.3	17.1	20.7
Grosse internationale Firmen schaden dem lokalen Gewerbe immer mehr	34.5	58.4	54.2
Im Allgemeinen sollte Liechtenstein (CH/D) den Beschlüssen von internationalen Gremien folgen, auch wenn die Regierung nicht mit ihnen übereinstimmt	28.4	45.1	35.2
Internationale Organisationen nehmen der FL (CH/D) Regierung zu viel Macht weg	14.2	31.9	36.0

Quelle: Identitätsumfrage 2006/Marxer 2006, S. 218/ISSP.

Die Offenheit, die sich in wirtschaftlichen Fragen zeigt, setzt sich in gesellschaftspolitischen Fragen fort. Man zeigt sich grosszügig bezüglich der Unterstützung von Minderheiten und vertritt seltener als in der Schweiz und in Deutschland die Meinung, dass man nicht Liechtensteiner sein könne, wenn man die liechtensteinischen Sitten und Gebräuche nicht kennt.

Tabelle 4: Aussagen betr. Integration/Assimilation

Aspekt	FL	CH	D
Menschen, die die liechtensteinischen (CH/D) Sitten und Gebräuche nicht kennen, können nicht wirklich Liechtensteiner (CH/D) werden.	38.6	47.1	58.3
Der Staat sollte nationalen Minderheiten helfen, damit sie ihre eigenen Sitte und Gebräuche bewahren können	47.1	41.4	37.1
Personen ohne liechtensteinische (CH/D) Staatsangehörigkeit, die legal nach Liechtenstein gekommen sind, sollten die gleichen Rechte haben wie liechtensteinische Staatsangehörige	40.7	35.7	42.5

Quelle: Identitätsumfrage 2006/Marxer 2006, S. 220/ISSP.

Dagegen finden mehr als drei Viertel der Befragten, dass die Zuwanderer Liechtenstein offen für neue Ideen und andere Kulturen machen. Knapp zwei Drittel finden, dass die Zuwanderer gut für die liechtensteinische Wirtschaft seien, und nur eine Minderheit meint, dass sie die Kriminalitätsrate erhöhen. In all diesen Antworten zeigen sich deutliche Differenzen zur Schweiz und zu Deutschland, wo Ausländer viel eher als Bedrohung für Wohlstand und Sicherheit empfunden werden.

Tabelle 5: Aussagen betr. Zuwanderung

Aspekt	FL	CH	D
Zuwanderer erhöhen die Kriminalitätsrate	38.4	56.5	64.3
Zuwanderer sind im Allgemeinen gut für die liechtensteinische (CH/D) Wirtschaft	63.0	17.1	26.3
Zuwanderer nehmen den Einheimischen die Arbeitsplätze weg	20.9	52.0	45.4
Zuwanderer machen Liechtenstein (CH/D) offen für neue Ideen und andere Kulturen	77.9	76.0	54.4
der Staat (Regierung) gibt zu viel Geld aus, um Zuwanderer zu unterstützen	36.2	43.9	71.6

Quelle: Identitätsumfrage 2006/Marxer 2006, S. 220/ISSP.

Trotz eines vergleichsweise hohen Ausländeranteils von 34 Prozent in Liechtenstein überwiegen in der Bevölkerung die positiven Assoziationen. Das hängt sicherlich damit zusammen, dass die Ausländer/innen zur Entwicklung der Wirtschaft und des Wohlstandes wesentlich beigetragen haben und dass in Liechtenstein eine eher tiefe Arbeitslosenquote existiert und auch die Kriminalitätsrate nicht als besonders hoch empfunden wird. Aber auch die menschliche Komponente dürfte eine wichtige Rolle spielen. Die Kontaktwahrscheinlichkeit ist bei einem so grossen Ausländeranteil sehr hoch, ausserdem sind die Ausländer/innen nicht ghettoisiert. Es gibt also viele Gelegenheiten, persönliche Kontakte zu halten, sei dies im familiären Umfeld, in der Freizeit oder am Arbeitsplatz. Viele Ausländer/innen sind zudem Ehepartner von Liechtensteiner/innen. Die Ausländer in Liechtenstein sind aus diesen Gründen nicht ohne weiteres stigmatisierbar.

Der Ruf, die Zahl der Ausländer zu verringern, ertönt in der Schweiz und in Deutschland trotz tieferem Ausländeranteil viel häufiger. In Deutschland möchten 47 Prozent der Befragten die Zahl der Ausländer stark reduzieren, in der Schweiz 17 Prozent, in Liechtenstein nur 7 Prozent.

Tabelle 6: Aussagen betr. Zuwanderung

Aspekt	FL	CH	D
Was meinen Sie, sollte die Zahl der Zuwanderer nach Liechtenstein heutzutage			
- stark erhöht werden	0.7	0.4	0.9
- leicht erhöht werden	6.6	5.3	3.5
- auf dem heutigen Stand bleiben	66.1	49.7	22.4
- leicht verringert werden	19.2	27.6	25.6
- stark verringert werden	7.5	17.0	47.5

Quelle: Identitätsumfrage 2006/Marxer 2006, S. 220/ISSP.

Dennoch wird auch in Liechtenstein wie in der Schweiz und in Deutschland von den Ausländer/innen eine Anpassung an die Gesamtgesellschaft erwartet. Dies hat sich schon im Fragenkomplex weiter oben angedeutet, wo klar war, dass Deutschkenntnisse und die Respektierung der liechtensteinischen Gesetzgebung für eine gelungene Integration vorausgesetzt werden, da dies als wesentlich für eine liechtensteinische nationale Identität betrachtet wird.

Tabelle 7: Aussagen betr. Integration/Assimilation

Aspekt	FL	CH	D
Die Einen sagen, dass es für ein Land besser ist, wenn ethnische Gruppen ihre eigenen Sitten und Gebräuche beibehalten. Andere finden es besser, wenn sie sich der Gesamtgesellschaft anpassen. Welche Meinung teilen Sie eher?			
- Sitten und Gebräuche beibehalten	33.5	46.0	36.6
- Anpassung an die Gesamtgesellschaft	66.5	54.0	63.4

Quelle: Identitätsumfrage 2006/Marxer 2006, S. 218/ISSP.

Bei den Jugendlichen Liechtensteins zeigt sich eine ähnliche Offenheit gegenüber Fremdem wie in der Identitätsumfrage. Menschen aus anderen Ländern und andere Kulturen werden grossmehrheitlich als Chance und Bereicherung betrachtet (Abb. 28).

Die mehrheitlich positive Einstellung der Bevölkerung Liechtensteins zu Ausländerinnen und Ausländern hängt einerseits mit den bereits erwähnten günstigen Rahmenbedingungen zusammen – anhaltender Wirtschaftsboom, tiefe Arbeitslosigkeit, hohe Zuwanderung aus deutschsprachigen Ländern –, aber auch mit einer in der Vergangenheit weitgehend gelungenen gesellschaftlichen Integration. Dementsprechend bezeichnen sich in der Zukunftsbarometer-Umfrage 68 Prozent aller Zugewanderten als sehr gut integriert, weitere 28 Prozent als gut integriert. Nur 3 Prozent gaben an, eher nicht gut integriert zu sein. Sehr schlecht integriert fühlt sich gar niemand. Die Zugewanderten, die inzwischen eingebürgert sind, fühlen sich noch besser integriert, nämlich 79 Prozent sehr gut und 20 Prozent eher gut, macht zusammen 99 Prozent, die sich gut oder sehr gut integriert fühlen (Abb. 29 und 30).

Abbildung 21: Einstellungen der Jugend gegenüber Fremden

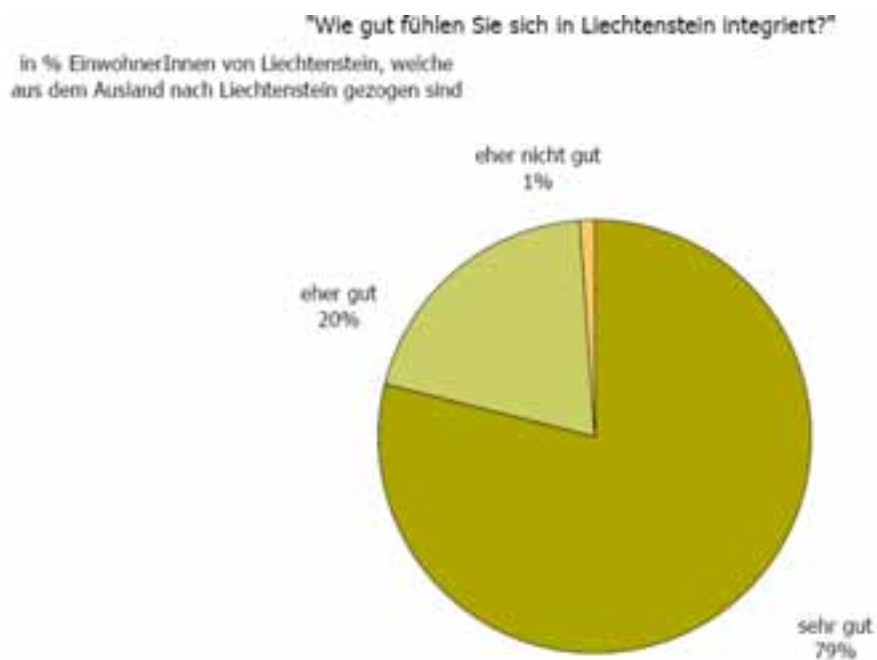


Quelle: Jugendstudie 2006, S. 137.

Die relative Offenheit und Toleranz der liechtensteinischen Wohnbevölkerung hat sich im Übrigen in der Religionsumfrage vom Januar 2008 bestätigt, deren Ergebnisse für diesen Bericht nicht mehr berücksichtigt wurden. Diese sind in einer separaten Publikation (Marxer 2008) nachzulesen.

Abbildung 22: Integrationsempfinden der Zugewanderten (N = 460)

Quelle: gfs.bern. Zukunftsbarometer 2007, S. 47.

Abbildung 23: Integrationsempfinden der eingebürgerten Zugewanderten (N = 140)

Quelle: gfs.bern. Zukunftsbarometer 2007, S. 47.

5 Staatsbürgerschaft und politische Partizipation

Wir haben also bisher festgestellt, dass Liechtenstein massgeblich aufgrund seiner rasanten wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg bereits seit den 1970er Jahren einen sehr hohen Ausländeranteil von mehr als einem Drittel der Wohnbevölkerung aufweist, dass diese Ausländer sowohl hohen sozioökonomischen Status aufweisen – insbesondere Ausländer aus deutschsprachigen Herkunftsländern – wie auch tiefen – insbesondere aus den fremdsprachigen, südlichen und ost-südöstlichen Regionen Europas sowie der Türkei –, dass Personen aus diesen fremdsprachigen Regionen sowie deren Nachkommen noch deutliche Entwicklungsbarrieren in Bezug auf Bildung und Beruf vorfinden, dass sich aber trotzdem die grosse Mehrheit der Zugewanderten in Liechtenstein gut integriert fühlt und dass von Seiten der liechtensteinischen Bevölkerung eine eher offene und aufnahmefreundliche Einstellung gegenüber den Ausländerinnen und Ausländern besteht.

Neben den erwähnten Handicaps bestimmter Ausländergruppen sind noch zwei weitere Punkte hervorzuheben, welche das insgesamt eher integrationsfreundliche Gesamtbild etwas korrigieren, nämlich der Aspekt der Einbürgerung und der Aspekt der politischen Partizipation, die teilweise miteinander zusammenhängen.

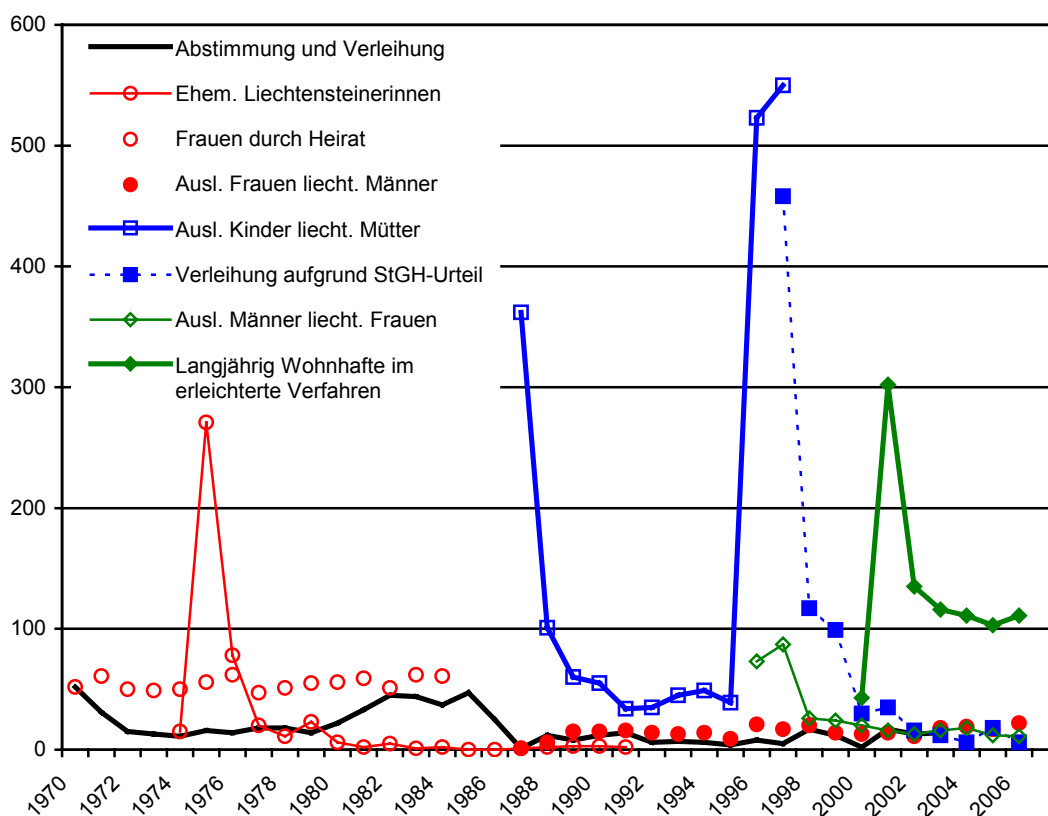
Liechtenstein verfolgt traditionell eine sehr restriktive Einbürgerungspolitik. Zwar ist das Erfordernis einer Einbürgerungsabstimmung auf Gemeindeebene mit der Novelle des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechts im Jahr 2000 gefallen (die diesbezügliche Volksabstimmung endete mit 3858 Ja-Stimmen gegen 3843 Nein-Stimmen). Im internationalen Vergleich bleibt die Einbürgerungspraxis dennoch restriktiv, da ein Wohnsitz in Liechtenstein von 30 Jahren vorausgesetzt wird, wobei die Jahre von der Geburt bis zum 20. Lebensjahr doppelt gezählt werden. Wer sich einbürgern lassen will, muss zudem auf die angestammte Staatsbürgerschaft verzichten.

Selbst im Falle einer Eheschliessung gilt eine Karenzfrist. Der Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Heirat mit einem Liechtensteiner/einer Liechtensteinerin erfolgt erst, wenn der Wohnsitz in Liechtenstein 12 Jahre beträgt, wobei die Ehejahre doppelt zählen, wenn die Ehe seit mindestens drei Jahren besteht und wenn auf die bisherige Staatsbürgerschaft verzichtet wird.

Die wichtigste Einbürgerungsart ist heute die Einbürgerung im erleichterten Verfahren der langjährig wohnhaften Ausländer/innen – also ohne Einbürgerungsabstimmung durch die Gemeindebürger/innen. Die Einbürgerungsabstimmungen werden zwar immer wieder von Ausländer/innen besprochen, sind jedoch kaum mehr erfolgreich. Ein Blick zurück zeigt, dass es in Liechtenstein seit den 1970er Jahren immer wieder Wellen von Einbürgerungen gegeben hat, die mit Gesetzesänderungen zusammenhängen. Aus heutiger Sicht handelt es sich dabei vielfach lediglich um die Beseitigung skandalöser Zu-

stände, wenn etwa Mitte der 1970er Jahre liechtensteinische Frauen, die wegen der Heirat mit einem Ausländer die Staatsbürgerschaft verloren haben, wieder Liechtensteinerin werden konnten, oder wenn seit Ende der 1980er Jahre im Zuge der Gleichberechtigung auch die liechtensteinischen Frauen ihre Staatsbürgerschaft an die Kinder weitergeben konnten.

Abbildung 24: Zahl der Einbürgerungen 1970-2006 nach den wichtigsten Einbürgerungsarten



Quelle: Bevölkerungsstatistik 2006. Eigene Berechnung und Darstellung.

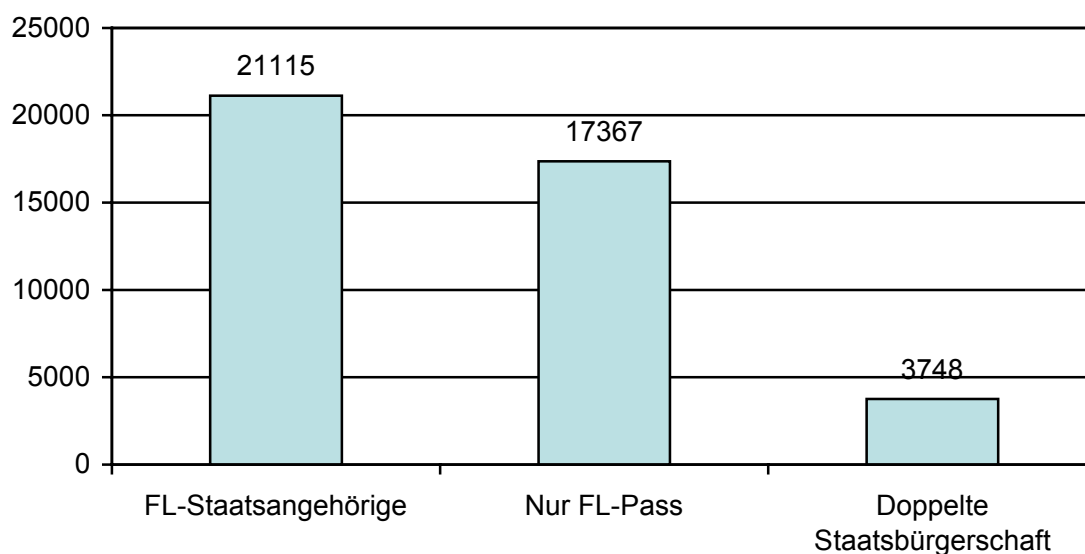
In der Zeit von 1970 bis 2006 belaufen sich die Einbürgerungen aufgrund von Abstimmung und Verleihung auf etwa 10 Prozent, während die Einbürgerungen der langjährig Wohnhaften im erleichterten Verfahren bereits knapp 15 Prozent ausmachen, obwohl diese Möglichkeit erst seit wenigen Jahren besteht.

Tabelle 8: Einbürgerungsarten 1970 bis 2006

Einbürgerungsart	Zahl	Prozent
Einbürgerung		
- ehemaliger Liechtensteinerinnen	445	7.2
- Frauen durch Heirat	882	13.3
- durch Abstimmung und Verleihung	625	10.1
Erleichterte Einbürgerung (nur in Liechtenstein wohnhafte Personen)		
- ausländische Frauen liechtensteinischer Männer	289	4.7
- ausländische Männer liechtensteinischer Frauen	316	5.1
- langjährig Wohnhafte (Alteingesessene)	921	14.9
- ausländische Kinder liechtensteinischer Mütter	1'853	29.9
Verleihung der Staatsbürgerschaft aufgrund StGH-Urteil vom 24.4.1997	797	12.9
Adoption	47	0.8
Legitimation	84	1.4
Total	6'199	100

Quelle: Einbürgerungsstatistik 2006. Eigene Berechnung und Darstellung.

Viele weitere würden die Kriterien für eine erleichterte Einbürgerung erfüllen, möchten jedoch ihren angestammten Pass nicht abgeben. Dabei ist diese Bedingung staatlicherseits ohnehin nicht durchsetzbar. Die Volkszählung im Jahr 2000 hat gezeigt, dass damals 3'748 Personen neben der liechtensteinischen auch noch eine zweite oder sogar dritte Staatsbürgerschaft besessen haben – das sind fast 20 Prozent aller Liechtensteiner/innen. Der Grossteil davon sind liechtensteinisch-schweizerische Doppelbürger/innen.

Abbildung 25: Doppelte Staatsbürgerschaft (2000)

Quelle: Volkszählung 2000/Marxer 2007.

Tabelle 9: Liechtensteiner/innen mit zweiter Staatsbürgerschaft (2000)

Staat/Region	Zahl
Schweiz	2'635
Österreich	469
Italien	157
Deutschland	136
Nordamerika	91
Nordeuropa	55
Lateinamerika	49
Frankreich	49
Andere	107
Total	3'748

Quelle: Volkszählung 2000.

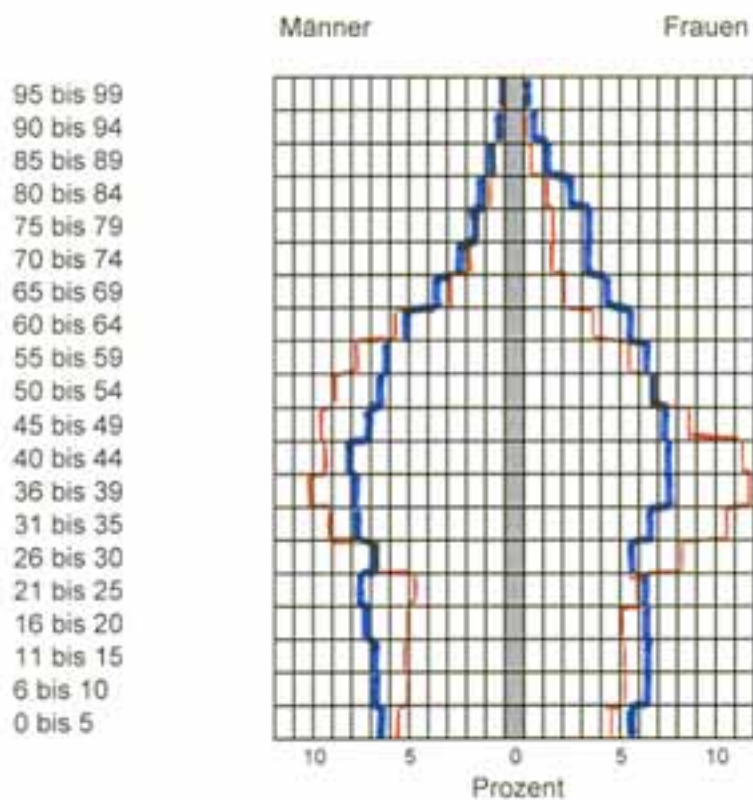
Die nach wie vor relativ restriktive Einbürgerungspraxis führt dazu, dass in Liechtenstein ein grosser Teil der Bevölkerung zur ausländischen Bevölkerung gezählt wird, die in anderen Staaten mit liberalerer Einbürgerungspolitik längst die lokale Staatsbürgerschaft erworben haben.

Bei langer Aufenthaltsdauer sind die Ausländer/innen den Liechtensteiner/innen rechtlich trotzdem weitgehend gleich gestellt. Nachteile können sich ergeben, wenn ein längerer Auslandsaufenthalt erfolgt, da kein dauerhafter Anspruch besteht, die Niederlassung wieder zu erlangen. Ein weiterer Nachteil sowohl aus der Perspektive der Ausländer/innen wie grundsätzlich für die Gesamtgesellschaft ist das Fehlen verschiedener politischer Rechte, insbesondere des Wahlrechtes. Dadurch können die Ausländer/innen selbst bei langjähriger Wohnsitzdauer nicht politisch mitbestimmen. Der weitgehend anerkannte Grundsatz, dass in einer Demokratie alle mitbestimmen sollen, und das uralte Postulat, dass die steuerzahlenden Bürger/innen auch über die Verwendung der Mittel entscheiden sollen, ist im Falle der Ausländer/innen nicht realisiert. Eine Teillösung für dieses Problem würde in einer Liberalisierung der Einbürgerungsbestimmungen einerseits, in der Einführung eines Stimmrechts für Ausländer/innen andererseits liegen. Auf der Ebene der Europäischen Union ist als erster Schritt das Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene realisiert. In einer weitergehenden Perspektive dürfte das Unionsbürgerrecht noch eine weitere politische Gleichstellung aller EU-Bürgerinnen und EU-Bürger mit sich bringen.

Aus Sicht der Liechtensteiner Bevölkerung könnte das aktive und passive Wahlrecht von Ausländer/innen eine Entlastung bringen. Es ist bekannt, dass es immer schwieriger wird, Männer und Frauen für politische Ämter zu rekrutieren. Ein stärker Einbezug des ausländischen Bevölkerungsteils in diese Aufgabenbereiche – auch auf Ebene von Kommissionen und Arbeitsgruppen – würde die Ressourcen vergrössern, zusätzliches Expertenwissen verfügbar machen und gleichzeitig zu einer weiteren gesellschaftlichen Integration beitragen.

Die Situation präsentiert sich zahlenmässig derzeit etwa wie folgt: Bei einer Bevölkerung von rund 35'000 Einwohner/innen sind 18'000 stimmberechtigt, also knapp mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Gleichzeitig sind in Liechtenstein rund 10'000 Ausländerinnen und Ausländer im Stimmrechtsalter ab 18 Jahren wohnhaft, ohne ein Stimm- und Wahlrecht in Liechtenstein zu haben. Die Ausländerinnen und Ausländer sind besonders stark in den berufsaktiven Jahrgängen, also auch den politisch aktivsten Jahrgängen, überrepräsentiert (vgl. Abb. 26). Mit ihrem Einschluss wären rund 80 Prozent der Wohnbevölkerung stimmberechtigt und für politische Ämter legitimiert.

Abbildung 26: Altersaufbau der Wohnbevölkerung (in Prozent) (blau = Liechtensteiner/innen; rot = Ausländer/innen)



Quelle: Wohnbevölkerungsstatistik 2003. Marxer 2007.

6 Zusammenfassung

Liechtenstein weist einen im internationalen Vergleich ausserordentlich hohen Ausländeranteil von rund 34 Prozent auf. Ein Grossteil der Zugewanderten stammt aus dem deutschsprachigen Raum, weist eine ähnliche oder sogar leicht höhere sozio-ökonomische Position wie die liechtensteinische Bevölkerung auf und stellt keine gravierenden Integrationsprobleme. Die traditionellen südlichen Rekrutierungsländer aus dem Mittelmeerraum, in den vergangenen Jahrzehnten eine verstärkte Zuwanderung aus den ex-jugoslawischen Staaten und der Türkei stellen hingegen wegen der Fremdsprachigkeit, teilweise auch wegen kulturell-religiöser Unterschiede, deutlich höhere Anforderungen an die gesellschaftliche Integration. Die Menschen aus den fremdsprachigen Herkunftsregionen sind sozial tiefer positioniert, haben teilweise Schwierigkeiten, ihrer Ausbildung entsprechende berufliche Karrieren zu absolvieren und sind überdurchschnittlich von sozialer Notlage betroffen. Der familiäre Hintergrund – und in dieser Hinsicht sowohl der sprachliche wie auch der sozio-ökonomische Hintergrund – wirken sich stark auf die Bildungschancen der Kinder aus, sodass sich die sozialen Aufstiegsbarrieren auf die folgende Generation übertragen.

Nachdem jahrzehntelang kaum Integrationsbemühungen feststellbar waren und die Ausländerpolitik fast ausschliesslich die Arbeitskräfte im Auge hatte – sinnbildlich hierfür das Saisonierstatut –, hat die neuere gesetzliche Lage mit erleichterter Familienzusammenführung und verbessertem Rechtsstatus der Zugewanderten die Notwendigkeit von Integrationsanstrengungen akzentuiert. In Liechtenstein spielt sich dabei die Integrationsdebatte vor dem Hintergrund günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, tiefer Arbeitslosigkeit und weitgehender materieller Zufriedenheit der Einwohnerschaft ab. Aus Umfragen geht hervor, dass die Integration als Reaktion auf die Zuwanderung ein wichtiges Thema ist, welches politisch gelöst werden muss. Die Bevölkerung zeigt sich dabei eher offen und tolerant als ausländerfeindlich. Im Vergleich zur Schweiz oder zu Deutschland ist die liechtensteinische Bevölkerung positiver den Ausländerinnen und Ausländern gegenüber eingestellt und sieht auch sonst weniger Gefahren, die vom Ausland im Zusammenhang mit der Internationalisierung von Beziehungen drohen.

Trotz dieser tendenziellen Offenheit bleibt die Einbürgerungspraxis in Liechtenstein vergleichsweise restriktiv. Es wird lange Wohnsitzdauer und der Verzicht auf die angestammte Staatsbürgerschaft vorausgesetzt. Der Ausländeranteil in der Bevölkerung bleibt daher sehr hoch, insbesondere auch in den berufsaktiven Erwachsenenjahrgängen, womit auch mangels Stimmrecht der Ausländerinnen und Ausländer ein Grossteil der Bevölkerung von der politischen Partizipation ausgeschlossen bleibt. Das in der EU verankerte kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer ist in Liechtenstein noch nicht eingeführt.

7 Literatur

- Amt für Auswärtige Angelegenheiten* (Hrsg.) (2007). Integration der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein. Bestandesaufnahmen zu den Fakten, Ursachen, Massnahmen und zum integrationspolitischen Handlungsbedarf, verfasst für die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Vaduz.
- Amt für Soziale Dienste* (1997). Armut in Liechtenstein - Bericht über Einkommensschwäche, Bedürftigkeit und Randständigkeit im Fürstentum Liechtenstein anlässlich des Uno-Jahrzehnts 1997-2006 zur Beseitigung der Armut (Red. Marcus Büchel und Rainer Gstöhl). Schaan.
- Amt für Soziale Dienste* (Hrsg.) (2007). Jugendstudie 2006. Lebensbedingungen und Einstellungen von 12- bis 21-jährigen jungen Menschen in Liechtenstein (Durchführung: Österreichisches Institut für Jugendforschung, Ingrid Kromer/Projektleitung, Katharina Hatwagner, Evelyn Oprava). Wien.
- Amt für Volkswirtschaft*. Volkszählung 2000.
- Bundesamt für Statistik* (2007) PISA 2006: Resultate über dem OECD-Durchschnitt. Medienmitteilung Nr. 0350-0714-30 vom 4.12.2007.
- Dahinden, Janine/Piguet, Etienne* (2004). Immigration und Integration - ein statistischer Überblick, in: Dahinden, Janine/Piguet, Etienne (Hrsg.): Immigration und Integration in Liechtenstein. Zürich. Seismo. S. 55-179.
- Dahinden, Janine/Piguet, Etienne* (Hrsg.) (2004). Immigration und Integration in Liechtenstein. Zürich. Seismo.
- gfs.bern/Zukunftsbüro der Regierung* (o.J.) Zukunftsbarometer Liechtenstein. Zwischen Übersicht und Begrenzung – Politik im Spannungsfeld zwischen Moderne und Tradition. Vaduz.
- Forschungsgemeinschaft PISA Deutschschweiz/FL* (2005) PISA 2003: Analysen und Porträts für Deutschschweizer Kantone und das Fürstentum Liechtenstein. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse. Zürich. Kantonale Drucksachen- und Materialienzentrale.
- Frommelt, Isabel* (2005). Analyse Sozialstaat Liechtenstein, basierend auf der Entwicklung der Sozialausgaben des Landes 1995-2004. Studie im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hrsg.: Regierung des Fürstentums Liechtenstein). Vaduz. Typoskript.
- Heeb-Fleck, Claudia/Marxer, Veronika* (2001). Die liechtensteinische Migrationspolitik im Spannungsfeld nationalstaatlicher Interessen und internationaler Einbindung 1945-1981. Schweizerischer Nationalfonds, Nationales Forschungsprogramm 39 - Migration und interkulturelle Beziehungen. Schaan.
- Heeb-Fleck, Claudia/Marxer, Veronika* (2004). Die liechtensteinische Migrationspolitik im Spannungsfeld nationalstaatlicher Interessen und internationaler Einbindung 1945-1981, in: Dahinden, Janine/Piguet, Etienne (Hrsg.): Immigration und Integration in Liechtenstein. Zürich. Seismo. S. 11-54.

- Heeb-Fleck, Claudia/Marxer-Gsell, Veronika* (2002). Die liechtensteinische Migrationspolitik im Spannungsfeld nationalstaatlicher Interessen und internationaler Einbindung 1945-1981, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein Bd. 101. Vaduz. Verlag des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein. S. 153-184.
- Marxer, Veronika* (2008) Fordern und Fördern: Perspektiven der liechtensteinischen Integrationspolitik. Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 43. Barend.
- Marxer, Wilfried* (2005). Statistische Daten zu Rassismus und Diskriminierung im Fürstentum Liechtenstein – Anforderungen, Analysen, Perspektiven. Bericht im Auftrag der Arbeitsgruppe für einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus. Typoskript. Barend.
- Marxer, Wilfried* (2006). Nationale Identität. Eine Umfrage aus Anlass 200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein, in: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hrsg.): Jahrbuch des Historischen Vereins, Band 105. Vaduz. S. 197-235.
- Marxer, Wilfried* (2007) Migration und Integration – Geschichte, Probleme, Perspektiven. Studie zuhanden der NGO-Arbeitsgruppe „Integration“ (Mitarbeit: Manuel Frick). Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 8. Barend.
- Marxer, Wilfried* (2008) Religion in Liechtenstein. Umfrage im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über Glauben, Religiosität, religiöse Toleranz und das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften. Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 40. Barend.
- Marxer, Wilfried/Patsch, Benno* (2008) Soziale Durchlässigkeit in Liechtenstein. Studie zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle im Auftrag des Amtes für Soziale Dienste. Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 19. Barend.
- Moser, Urs/Berweger, Simone* (2002) PISA-Ergebnisse des Fürstentums Liechtenstein im Vergleich mit deutschschweizer Kantonen. Bericht zuhanden des Schulamts des Fürstentums Liechtenstein. Zürich. Kompetenzzentrum für Bildungsevaluation und Leistungsmessung an der Universität Zürich.
- OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (2007). Gesellschaft auf einen Blick. OECD-Sozialindikatoren. Edition 2006. OECD Publishing. Paris.
- Schofield, Janet Ward* (2006). Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie. AKI-Forschungsbilanz 5 (in Zusammenarbeit mit Kira Alexander, Ralph Bangs und Barbara Schauenburg). Berlin. Typoskript.
- Seifert, Wolfgang* (1996). Berufliche und ökonomische Mobilität ausländischer Arbeitnehmer – Längsschnittanalysen mit dem sozioökonomischen Panel, in: Werner, H./Seifert, W.: Die Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Nürnberg.
- Siminovskaia, Olga* (2008). Bildungs- und Berufserfolge junger Migranten. Kohortenvergleich der zweiten Gastarbeitergeneration. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Simon, Silvia* (2008) Wirtschaftsboom Liechtensteins, Arbeitskräftebedarf und Migration. Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 42. Barend.
- Wanger, Ralph* (1997). Das liechtensteinische Landesbürgerrecht. Diss Univ. Zürich . Vaduz.

